



Presseschau vom 27.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Julia Melnikowa: **Russland als Hauptfeind? Warum sich die NATO das nicht leisten kann**
Die Welt verändert sich derzeit so schnell, dass der Begriff "neue Normalität" zum Vokabular nicht nur all derer hinzugefügt wurde, die das Weltgeschehen verfolgen, sondern sogar zum Vokabular derjenigen, die dies nicht tun. ...

<https://kurz.rt.com/33ed> bzw. [hier](#)

Thomas Frank: **Meinungsfreiheit? – In Deutschland darf man eben nicht "alles" sagen!**
In unserer ach so "bunten" Multikulti-Gesellschaft geht es ansonsten ziemlich faschistisch zu: Denk-, Sprech- und Schreibverbote. Internet- und Social-Media-Zensur, das "Draufschlagen" auf politisch Andersdenkende und vieles andere mehr. Nur erlaubte Meinungen sind noch zulässig. Kritiker werden an die politisch-korrekte Wand gestellt. Die Vernichtung des politisch Andersdenkenden wird mit beinahe inquisitorischer Vehemenz vollzogen. ...

<https://kurz.rt.com/33hm> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Vom "Gottes-Leugner" zum "Corona-Leugner" – Sprache als Waffe in der Pandemie**

Der Schriftsteller und Philosoph Prof. Dr. Michael Schneider analysiert, welche Rolle die Sprache bei der Einführung der neuen Corona-Ideologie spielt. Anhand von Beispielen erläutert er, wie Begriffe für dieses scheinwissenschaftliche Glaubenssystems neu geschaffen oder manipuliert werden. ...

<https://kurz.rt.com/33bm> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: **Die deutschen Grünen: Für das Land, das Klima und den Frieden eine einzige Katastrophe**

Glaubt man den Grünen, möchten sie den Klimawandel bekämpfen und die Energiewende umsetzen. Ihre reale Politik bewirkt jedoch das genaue Gegenteil, denn die Grünen verhindern die dafür notwendige globale Zusammenarbeit. Grüne Politik ist aktuell für das Klima schädlich. ...

<https://kurz.rt.com/33fm> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:05 de.rt.com: **Habeck: "Nord Stream 2 zu genehmigen wäre eine Kapitulation"**

Die angekündigte Drosselung der Gaslieferungen des Gaskonzerns Gazprom bezeichnete Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Dienstag als eine Strategie des Kremls. Moskau gehe es seiner Ansicht nach um "zwei strategische Druckmomente". Der erste sei, aufgrund der hohen Gaspreise die Solidarität in Europa aufzubrechen. Der zweite sei der Druck auf Nord Stream 2. Immer wieder höre man derzeit aus dem Kreml, es gebe ja noch eine zweite Pipeline, die nach einer Genehmigung Gas im Überfluss liefern könnte. Habeck sagte diesbezüglich:

"Nord Stream 2 zu genehmigen wäre die Abhängigkeit von russischem Gas noch einmal zu verstärken – das Gegenteil von dem, was wir das letzte halbe Jahr hier unternommen haben – und damit aber natürlich auch die Kapitulation mit allen Sanktionsmaßnahmen, die wir

ergriffen haben".

Die Einigung auf einen europäischen Notfallplan zur Drosselung des Gaskonsums bezeichnete Habeck als ein "starkes Zeichen gegen alle Spötter und gegen alle Verächter" der EU.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e00b7ab480cc152b15f671.jpg>

20:06 de.rt.com: **Israel droht Iran mit "hartem Schlag"**

Die Verhandlungen über eine erhoffte Wiederbelebung des im Jahr 2015 geschlossenen Atomdeals mit Iran stocken seit März. Indessen wird im Westen die Rhetorik um das Atomprogramm von Teheran schärfer. Israel sieht den Nachbarn im Nahen Osten nach wie vor als Gefahr für sich selbst. Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz hat am Dienstag Iran gedroht, dessen Atomprogramm mit einem "harten Schlag" aufzuhalten. In einem Interview für den Fernsehsender 13 zeigte sich der israelische Politiker skeptisch gegenüber einem Atomabkommen mit der Regierung des Landes im Nahen Osten. Der Minister [sagte](#) unter anderem:

"Iran ist kein privates Problem von Israel, sondern ein Problem für die ganze Welt. Letztendlich können wir ihm einen harten Schlag versetzen, um sein Atomprogramm zurückzuhalten."

In Bezug auf die Verhandlungen um eine anderswo erhoffte Wiederbelebung des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (JCPOA) erklärte Gantz, dass Israel mit dem Atomdeal ohnehin äußerst unzufrieden sei. Eine Einigung in dieser Angelegenheit schloss er aus:

"Das wird ein schlechtes Abkommen sein, weil es einen zeitlichen Verzug geben wird: Die Iraner werden die Wirtschaft öffnen, was ihnen die Legitimität zurückgeben wird."

Mitte Juli hatte der US-Präsident Joe Biden während seines Besuchs in Jerusalem im Rahmen seiner Nahost-Reise erklärt, dass man in Washington, D.C. keine Atomwaffen im Besitz von Teheran zulassen werde. Es sei ein "vitales Sicherheitsinteresse" der gesamten Welt, dass sich Iran nicht atomar bewaffne. Der israelische Ministerpräsident Jair Lapid drohte Teheran bei einer Pressekonferenz mit Biden offen mit Gewalt, sollte Iran sein Atomprogramm ausweiten. Die Regierung in Teheran antwortete auf die Äußerungen des US-Präsidenten, das iranische Atomprogramm sei friedlichen Charakters. Das Ziel dieser Erklärung von Biden sei es gewesen, die Spannungen in der Region zu schüren.

Die Verhandlungen über eine Wiederbelebung des im Jahr 2015 geschlossenen Abkommens zwischen Iran und der sogenannten Gruppe 5+1 (China, Deutschland, Frankreich,

Großbritannien, Russland und die USA) stocken seit März 2022. Hintergrund sollen in erster Linie Differenzen zwischen der Führung in Teheran und der US-Regierung über den Status der Iranischen Revolutionsgarde sein. Die USA stufen diese bisher als eine Terrororganisation ein.

Im damaligen Atomdeal hatte sich Iran verpflichtet, sein Atomprogramm wesentlich einzuschränken. Im Gegenzug wurde ihm die Aufhebung von Sanktionen in Aussicht gestellt, ohne dies allerdings vollständig zu gewährleisten. Die USA stiegen jedoch im Jahr 2018 unter dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump einseitig aus dem gültigen Abkommen aus und verhängten stattdessen neue Sanktionen gegen Iran. Das Nahostland suspendierte später stufenweise seine eigenen vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e0055eb480cc14a029f9b0.jpg>

21:00 de.rt.com: **Erste Waggons mit Zement kommen über Litauen in Kaliningrad an**

Wie die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete, sind am Dienstag die ersten Waggons mit Zement über Litauen in Kaliningrad angekommen. "60 Waggons kamen in Kaliningrad an, dies ist der erste Zug mit Zement", sagte Dmitri Lyskow, Leiter des Pressedienstes der Regionalregierung.

Anfang März war das Volumen der Zementlieferungen aus Russland in die russische Ostsee-Exklave aufgrund der litauischen Beschränkungen für den Warentransit zurückgegangen. Einwohner der Region beschwerten sich über den Mangel an Zement. Der Gouverneur des Kaliningrader Gebiets sagte damals, dass die Wiederaufnahme des Transits äußerst wichtig sei, auch weil die Bausaison gerade im Gange sei.

Mitte Juli hatte Litauen den Streit über den Transitverkehr dann für beendet erklärt. Russland darf nun wieder auf der Sanktionsliste stehende zivile Güter ohne große Einschränkungen per Bahn durch Litauen transportieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e0253448fbef171868d79f.jpg>

21:25 de.rt.com: **IWF erkennt Wirksamkeit der russischen Antisanktionsmaßnahmen an**
Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Prognose für das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022 verbessert. Nun [geht](#) der IWF von einem Rückgang von sechs Prozent aus, während er im April noch einen Rückgang von 8,5 Prozent prognostiziert hat. Als Grund für die Berichtigung nennt der IWF-Chefökonom Pierre-Olivier Gourinchas die Wirksamkeit der Maßnahmen, die die russische Regierung im monetären Bereich zur Stabilisierung des Finanzsektors und der Wirtschaft unternommen hat, und die "sehr hohen" Einkommen aus Öl- und Gasexporten.

In einem Kommentar für die Nachrichtenagentur [TASS](#) betont Gourinchas aber, dass in Russland trotzdem eine "ziemlich ernsthafte Rezession" zu erwarten sei. Die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verhängten westlichen Sanktionen würden zu einem weiteren Rückgang der Produktion in Russland führen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e01203b480cc154d5a7b96.jpg>
g

21:45 de.rt.com: **Boris Johnson überreicht Wladimir Selenskij den Winston-Churchill-Führungspreis**

Der scheidende Premierminister Boris Johnson überreichte dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij den Winston-Churchill-Führungspreis. Die Zeremonie fand in der Downing Street statt, Selenskij nahm per Videoschleife daran teil. Die Auszeichnung sei "für unglaublichen Mut, Trotz und Würde" verliehen worden, twitterte die britische Regierung. Selenskij schrieb auf Telegram, dass "diese Auszeichnung nicht möglich gewesen wäre, wenn sich nicht das gesamte ukrainische Volk erhoben hätte", um seine Freiheit zu verteidigen. Ein Twitternutzer [wunderte](#) sich in den Kommentaren, was diese Auszeichnung bedeute, da es diesbezüglich fast keine Informationen gebe. Er schrieb, eine sehr ähnliche Büste sei für rund 300 Pfund (rund 350 Euro) auf Amazon erhältlich.



<https://pbs.twimg.com/media/FYnAdbVX0AM8wUd?format=jpg&name=small>

22:05 de.rt.com: **Ungarns Außenminister kritisiert EU-Notfallplan**

Am Dienstag hat die EU bei einem Sondertreffen der für Energie zuständigen Minister das Beschlussverfahren für einen Notfallplan zur Drosselung des Gaskonsums auf den Weg gebracht. Der Plan sieht vor, den nationalen Konsum im Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. März 2023 freiwillig um 15 Prozent zu senken.

Die Entscheidung sei zweifelhaft, unvernünftig und undurchführbar, sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó zu Reportern. Ihm zufolge habe Ungarn dagegen gestimmt, weil der Vorschlag die Interessen des ungarischen Volkes völlig ignoriere.

Der Vorschlag schaffe eine seltsame Rechtslage, "in der die Energiefragen eines Landes von einem anderen Land bestimmt werden". Szijjártó fügte hinzu, dass der Plan schädlich sei, da er dazu führen könnte, dass sein Land zwar Gas haben werde, die Ungarn es aber nicht verwenden dürften, "weil es jemand in Brüssel so entschieden hat".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e019ebb480cc16057fad51.jpg>

22:58 de.rt.com: **Russland erlegt Google hohe Geldstrafe wegen willkürlicher Sperren auf YouTube auf**

YouTube hat in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Videokanäle russischer Bürger und Medien, die einen vom westlichen Mainstream abweichenden Standpunkt etwa zur Ukraine-Krise oder zur Corona-Thematik vertraten, gesperrt und gelöscht. Nun hat die russische Antimonopolbehörde deshalb eine Geldstrafe gegen den Internetriesen festgesetzt.

Die russische Bundesmonopolbehörde (FAS) hat gegen Google eine Geldstrafe in Höhe von zwei Milliarden Rubel (etwa 34,9 Millionen US-Dollar) verhängt, weil das Unternehmen die marktbeherrschende Stellung seiner Videoplattform YouTube bei der Sperrung von Konten missbraucht habe, teilte die Behörde mit.

Die FAS befand Google im Februar für schuldig, gegen die russischen Antimonopolgesetze verstoßen zu haben, weil die angewandten Regelwerke von YouTube nicht transparent waren. Damals war eine Geldstrafe angedroht, aber noch nicht konkret festgesetzt worden. Da Google bis heute die aus russischer Sicht willkürlich gesperrten Kanäle russischer Nutzer, unter anderem auch renommierter Medienunternehmen nicht freigeschaltet hat, folgte nun die Festsetzung der Strafe.

Google hat nun zwei Monate Zeit, die festgesetzte Geldstrafe zu bezahlen. Kommt der US-Konzern dem nicht nach, drohen Vollstreckungsmaßnahmen bis hin zur Abschaltung von Google und YouTube in Russland.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e03e45b480cc108d32bef6.jpg>

vormittags:

7:55 de.rt.com: US-Senator Rubio will Sanktionen gegen China für den Kauf russischen Erdöls – Gesetzesvorlage eingereicht

Der US-Senator Marco Rubio, Republikaner im US-Bundesstaat Florida, hat einen Gesetzentwurf über Sanktionen für den Transport von Erdöl und Flüssigerdgas von Russland nach China vorbereitet, berichtet die US-Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf eine Erklärung des Autors der Initiative.

Rubio zufolge unterstütze China durch den Kauf von Kohlenwasserstoffen aus Russland Moskaus Intervention in den Ukraine-Konflikt. Der Politiker erklärte:

"Jede Organisation einschließlich staatlicher chinesischer Unternehmen, die ihnen dabei hilft, muss mit ernsthaften Konsequenzen rechnen".

Kevin Kramer, ein Senatsmitglied aus dem US-Bundesstaat North Dakota, und Rubios Mitstreiter in Florida Rick Scott unterstützen den Vorstoß.

Bei Bloomberg gab man sich allerdings skeptisch: Der Gesetzentwurf laufe der aktuellen Außenpolitik des Weißen Hauses zuwider, sodass eine Annahme durch das Oberhaus des US-Parlaments unwahrscheinlich sei. Außerdem würde ein Stopp der Öllieferungen aus Russland China dazu zwingen, mit dem Westen um Rohöl aus dem Nahen Osten und Afrika zu konkurrieren. Das würde zu einem weiteren Preisanstieg führen, den die USA selbstredend nicht wünschen.

Vor dem Hintergrund des russischen Sondereinsatzes in der Ukraine prüfen die G7-Staaten derzeit aktiv die Möglichkeit, Preisobergrenzen für Erdöl aus Russland einzuführen sowie weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Moskaus Exporteinnahmen zu begrenzen. Dies wurde jedoch bisher weder durch ein Ölembargo, auch nicht von der EU, noch durch freiwillige

Selbsteinschränkungen seitens der dortigen Unternehmen erreicht. Das US-Finanzministerium erklärte, dass für Dezember eine Preisobergrenze für russisches Öl geplant sei.

Wie der Leiter des russischen Energieministeriums Alexander Nowak betonte, wird Russland kein Öl liefern, wenn eine Preisobergrenze unter den Produktionskosten eingeführt wird.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 27.7.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- bis zu 50 Mann;
- 3 Panzer;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 8 Spezialfahrzeuge.

Die Volksmiliz setzt die Kämpfe fort und befreit das vom Gegner besetzte Territorium der Donezker Volksrepublik.

So haben Einheiten der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Swetlodarsk das **Uglegorsker Kraftwerk**, ein industrielles Schlüsselprojekt der Region, **unter Kontrolle genommen**.

Zurzeit läuft die Säuberung des Territoriums der Elektrostation von den Überresten der bewaffneten Formationen der Ukraine.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben ukrainischer Soldaten zu retten, und ruft auf, die Waffen niederzulegen, so werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 26. Juli haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Malorjanszewo und Lissitschanskij zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

8:40 de.rt.com: **A-10 Kampfflugzeuge "nicht nötig" – Kiew zeigt sich mit Angebot des Pentagons unzufrieden**

Der Berater des ukrainischen Verteidigungsministers Jurij Sak hat erklärt, dass sein Land die alten US-Bodenkampfflugzeuge vom Typ A-10 Warthog nicht benötige. Stattdessen rechne Kiew mit Lieferungen modernerer Flugzeuge wie der F-16.

In einer schriftlichen Antwort auf eine Frage des US-Onlinenachrichtenportals zu militärischen Themen Military.com betonte Sak am Dienstag, dass die alten Bodenkampfflugzeuge seiner Meinung nach nicht in der Lage seien, der Ukraine zu helfen, "den Luftraum zu schließen und Bomber und Raketen zu stoppen":

"Sie würden zu Zielscheiben für russische Kampfflugzeuge und Luftabwehrsysteme werden, weil wir nicht über die Mittel verfügen, für sie wirksamen Geleitschutz zu gewährleisten oder das gegnerische Luftabwehrsystem zu durchbrechen."

Wie das Portal [erinnert](#), hatten Beamte des Pentagons zuvor die Möglichkeit einer Übergabe der A-10-Bodenkampfflugzeuge, die die US-Luftwaffe entgegen dem Widerstand des US-Parlaments langsam aus dem aktiven Dienst zieht, an Kiew nicht ausgeschlossen. "Es liegt weitgehend an der Ukraine", zitiert die Publikation den US-Luftwaffenminister Frank Kendall, der vergangene Woche auf dem jährlichen Sicherheitsforum des Aspen-Instituts in Colorado sprach.

"Die Übergabe älterer US-Systeme ist möglich. Wir sind bereit, über ihre Anforderungen zu sprechen und darüber, wie wir diese Anforderungen erfüllen können."

Sak zufolge wäre die Übergabe älterer US-Kampfflugzeuge an Kiew jedoch ein "strategischer Fehler", da dadurch lediglich Ressourcen von der Aufgabe der Neuausrüstung des ukrainischen Militärs mit modernen Mehrzweckkampfflugzeugen wie der F-16 abgezogen würden.

10:00 (9:00) **novorosinform.org: In Tschechien wurden ukrainische Flaggen von Verwaltungsgebäuden entfernt**

Die Behörden der tschechischen Städte haben damit begonnen, die Flaggen der Ukraine von den Verwaltungsgebäuden zu entfernen, berichtet das Portal IDNES.

Von den Leitern der Verwaltungen der Städte in der Tschechischen Republik werden dafür unterschiedliche Gründe genannt: Forderungen der Anwohner, Reparaturen oder unangemessene Anbringung der Flagge eines anderen Staates an Verwaltungsgebäuden, stellt das lokale Portal fest.

Nina Adolf, Sprecherin der Stadtverwaltung von Nachod, erklärte, dass sie angeordnet habe, das ukrainische Banner vom Rathaus zu entfernen, weil die Bürger dort den Wunsch geäußert hätten, die tschechische Flagge zu sehen.

Der Bürgermeister der Stadt Cerveny-Kostelec, Tomas Prousa, sprach über die Bedeutung der bewussten Verwendung ausländischer Staatssymbole im Land.

"Wir leben in der Tschechischen Republik, nicht in der Ukraine. Wir sehen keinen Grund, die Flaggen aufzugeben", sagte er.



https://www.novorosinform.org/content/images/96/86/49686_720x405.jpg

9:15 de.rt.com: **Preise für Erdgas in Europa jenseits 2.300 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter**

Die Preise für Erdgas in Europa haben die Marke von 2.300 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter überschritten. Dies geht aus den Handelsdaten der Londoner Börse ICE hervor.

So stieg der Preis für August-Futures am TTF-Hub in den Niederlanden auf 2307 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter. Seit Beginn der Börsensitzung beträgt der Anstieg mehr als zehn Prozent.

Zuletzt waren die Gaspreise Anfang März so hoch. Noch ist der März-Rekord allerdings nicht erreicht: Damals wurde Erdgas in Europa auch schon einmal für 3.800 US-Dollar gehandelt. Der Preisanstieg erfolgte angesichts der Nachricht, dass die Gaslieferungen der Nord Stream-Magistralrohrleitung nach Europa ab dem 27. Juli auf 33 Millionen Kubikmeter pro Tag reduziert werden, was etwa 20 Prozent der geplanten Durchsatzkapazität der Pipeline entspricht. Grund dafür war die Aussetzung eines weiteren Siemens-Gasturbinenriebwerks in der Verdichterstation Portowaja.

10:19 (9:19) **novorosinform.org: Alliierte Streitkräfte führen Artillerievorbereitungen auf**

Stellungen der Streitkräfte der Ukraine in Awdejewka durch

Lokale Telegram-Kanäle melden den Beginn des Angriffs auf die Vororte von Donezk.

Am Mittwoch, dem 27. Juli, meldeten mehrere Telegram-Kanäle gewaltige Explosionen in dem von ukrainischen Streitkräften kontrollierten Awdejewka, das sich in unmittelbarer Nähe von Donezk und Makejewka befindet.

Der Militärkorrespondent Jurij Kotonok berichtet, dass in diesem Frontabschnitt über feindliche Kanäle Informationen über „starke Angriffe auf die Frontlinie der Streitkräfte der Ukraine“ eintreffen. Augenzeugen der Nachrichtenagentur „Novorossija“ berichten von lauten Salven, die in fast allen Gegenden Donezks zu hören seien.

Unter Berücksichtigung der gestrigen Erklärung des stellvertretenden Informationsministers der DVR, Daniil Bezsonov, über die Bereitschaft der Alliierten, die Republik bis Ende August zu befreien, kann davon ausgegangen werden, dass die Säuberung von Awdejewka in naher Zukunft beginnen wird, von wo seit mehreren Monaten Angriffe auf Donetsk und Makejewka stattfinden.



https://www.novorosinform.org/content/images/96/89/49689_720x405.jpg

9:27 de.rt.com: **Knallharte Warnung aus Peking: Militär wird nicht einfach zusehen, sollte Pelosi Taiwan besuchen**

Die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi (Demokratische Partei), will die abtrünnige chinesische Provinz Taiwan besuchen. Peking warnt, dass es einen solchen Schritt als ernste Verletzung seiner Souveränität betrachten und entsprechende Schritte einleiten werde.

Peking hat erneut eindringlich vor einem möglichen Besuch hochrangiger US-Vertreter in Taiwan gewarnt, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua schrieb. Das chinesische Militär werde sich nicht zurückhalten, sollte die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi Taiwan besuchen, warnte der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, Tan Kefei, während einer regulären Pressekonferenz am Dienstag. China verlange, dass die Vereinigten Staaten ihr Versprechen einlösen, die sogenannte "Unabhängigkeit Taiwans" nicht zu unterstützen, sagte Tan. Er fügte hinzu, dass das chinesische Militär, falls die US-Seite auf dem Besuch bestehe, entschiedene Maßnahmen ergreifen werde, um jegliche Einmischung von außen oder separatistische Pläne zur "Unabhängigkeit Taiwans" zu vereiteln. Die Volksbefreiungsarmee werde die nationale Souveränität und territoriale Integrität Chinas entschlossen schützen.

Die chinesische Seite habe den USA gegenüber wiederholt deutlich gemacht, dass sie einen möglichen Besuch von Pelosi in Taiwan entschieden ablehne, so Tan. Weiter erklärte er: "Ein Besuch der Sprecherin Pelosi in Taiwan würde das Ein-China-Prinzip und die Bestimmungen in den drei gemeinsamen Kommuniqués zwischen China und den USA ernsthaft verletzen, Chinas Souveränität und territoriale Integrität ernsthaft beeinträchtigen und die politische Grundlage der chinesisch-US-amerikanischen Beziehungen ernsthaft

beschädigen."

Dies werde unweigerlich zu einer äußerst schwerwiegenden Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und den beiden Streitkräften sowie zu einer weiteren Eskalation der Spannungen in der Straße von Taiwan führen, so der Sprecher. Zuvor hatte sich der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, ähnlich geäußert und erklärt, dass Peking "entschlossene und starke Maßnahmen zum Schutz (seiner) Souveränität und territorialen Integrität" ergreifen werde, sollte Pelosi ihren Besuch durchziehen. Zhao warnte:

"Wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet."

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich zwar in den 1970er Jahren gleichfalls offiziell zu diesem Prinzip bekannt – wie auch die taiwanesishe Führung selbst Anfang der 1990er Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek im Jahre 1949 auf die Inselgruppe zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesishe Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e0e11bb480cc6b4107c33e.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 27.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **332 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **3 Zivilisten verletzt**. 4 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Haubitzen M-777. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Kudrjumwoka wurden beseitigt.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augezeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Information über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden die genannten Material als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

10:57 (9:57) novorosinform.org: **Borrell beschwerte sich über westliche Journalisten wegen der Berichterstattung über Lawrows Aktivitäten**

Westliche Medien schrieben häufiger über die Äußerungen des Chefs der russischen Diplomatie, Sergej Lawrow, und schenkten den "Gegenaktionen" von Josep Borrell keine Beachtung, empörte sich der Hohe Vertreter der EU in einem Interview für einen spanischen Radiosender.

Borrell stellte fest, dass westliche Medien oft als „Resonator“ für den russischen Diskurs fungierten, was seiner Meinung nach nicht sein sollte.

"Lawrow reist nach Afrika, um zu sagen, dass europäische Sanktionen für das Problem verantwortlich sind, und die gesamte westliche Presse wiederholt dies. Ich reise nach Afrika, um das Gegenteil zu sagen, und niemand nimmt diese Informationen in den Medien auf", sagte der EU-Vertreter.

Er stellte fest, dass es in den westlichen Medien eine Tendenz gebe, „sorgfältig auf den Feind zu hören“, was sich jedoch nicht immer positiv auf die Informationsagenda auswirke.



https://www.novorosinform.org/content/images/96/95/49695_720x405.jpg

10:07 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk: Ukrainische Artillerie tötet sechsjähriges Mädchen**

Wenige Tage vor der Tragödie hat die sechsjährige Kira Friedenslieder gesungen. Davon, dass Frieden das wichtigste Wort sei und solange Freundschaft existiert, alles gut werden würde. Ihr stolzer Vater hat ihren Gesang mit dem Handy aufgenommen und seiner Tochter versprochen, dass jeder auf der Welt dieses Lied hören wird.

Am 20. April 2022 wurden beim Beschuss von Schachtjorsk in der Donezker Volksrepublik (DVR) durch die ukrainische Armee vier Menschen verletzt, darunter ein Kind. Die sechsjährige Kira war auf der Stelle tot.

Kiras Mutter berichtet im Interview direkt von der Stelle, wo das Geschoss eingeschlagen war:

"Hier war der Einschlag. Das waren diese Kassetten, die mit allerlei Splittern vollgestopft

waren. Hier standen zwei Autos, dazwischen war der Einschlag. Sie gerät ins Explosionszentrum, direkt diesen zwei Autos gegenüber. Ich bemerkte in dem Augenblick nicht – irgendwie war ich zerstreut und durcheinander –, wo Kira zu jenem Augenblick war." Sofort fing alles an zu brennen. Das kleine Mädchen lag bei den Autos. Daher dachte die Mutter, ihre Tochter sei nur ohnmächtig geworden oder sei einfach hingefallen. Sie begann nach ihr zu rufen und nach ihrem Mann Dima, der sofort zur Stelle war.

"Dima kam gerannt, sah, was geschehen war, rannte zu dieser Stelle, hob sie mit einer Hand an der Jacke hoch und schlüpfte mit ihr in unseren Hauseingang herein. Dort im Hauseingang atmete sie zweimal ein und hörte auf zu leben. Das war alles."

Für das Kind kam jede Hilfe zu spät. Der Familie und den Nachbarn, den anderen Kindern bleibt Kira nur als Erinnerung. Sie war ein freundliches, unternehmungslustiges und aufgewecktes Kind und hatte viele Freunde. Ihr Vater hatte von ihr eine Aufnahme gemacht, als sie ein Kinderlied über den Frieden sang:

"Das allerwichtigste Wort ist Frieden – und unser Planet braucht ihn sehr. Sowohl Erwachsene als auch Kinder – alle brauchen den Frieden heut' sehr."

RT-Kriegsberichterstatte Valentin Gorschenin will mit seinem [Kurzfilm](#) Kiras Vater dabei helfen, sein Wort zu halten und die Botschaft des Liedes zu verbreiten.



<https://thumbs.odycdn.com/bda35900034173e7b75d97e2121e8b3a.webp>

10:35 de.rt.com: **Schweiz verletzt UN-Gastgeberpflicht: Russen Visa für Gremiensitzungen verweigert**

Nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern mittlerweile auch die Schweiz stellen russischen Diplomaten, die an der Arbeit von UN-Gremien teilnehmen wollen, keine Visa aus. Dies monierte die Vertreterin Russlands Irina Tjaschlowa auf einer Sitzung der UN-Arbeitsgruppe für internationale Informationssicherheit:

"Im Hinblick auf eine effektive Arbeit der offenen Arbeitsgruppe der UNO ist die volle Beteiligung der Staaten am Verhandlungsprozess von größter Bedeutung. Wir weisen hiermit auf die Weigerung der Pflichterfüllung zum Empfang der UN-Gremien nicht nur durch die Vereinigten Staaten, sondern auch durch die Schweiz hin."

Tjaschlowa wies darauf hin, dass die russische Seite "ganz konkrete Vorwürfe" in Bezug auf die Ausstellung von Visa für russische Experten zur Teilnahme an UN-Veranstaltungen in Genf habe.

Russland hält die diskriminierende Praxis, "Vertreter von Staaten unter dem Vorwand künstlicher Visahindernisse von Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft der Organisation auszuschließen, für inakzeptabel", schloss sie.

Zuvor hatte Russland bei den US-Behörden nachdrücklich gegen die Verweigerung von Visa für Andrei Krutskich, den Sonderbeauftragten des Präsidenten für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Informationssicherheit, und einige Mitglieder seiner Delegation protestiert, die auf dem Weg zu UN-Sitzungen waren.

10:40 de.rt.com: **Strategische Brücke in Cherson erneut mit HIMARS-Raketenwerfern beschädigt**

In der Nacht auf Mittwoch haben ukrainische Streitkräfte eine Brücke über den Dnepr-Fluss in der Stadt Cherson mit von den USA gelieferten Raketenwerfern vom Typ HIMARS beschädigt. Die Brücke sei derzeit geschlossen, sagte die militärisch-zivile Verwaltung des Gebietes.

Nach Angaben des Vizechefs der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson habe das ukrainische Militär mit aus den USA gelieferten HIMARS-Mehrfachraketen systemen die Antonowski-Brücke in der Stadt Cherson in der Nacht auf Mittwoch erneut beschossen. Laut Kirill Stremoussow sei die Brücke beschädigt worden und bleibe weiterhin für den Verkehr geschlossen. Ihm zufolge werde die Schließung der Brücke die militärische Infrastruktur und den Verlauf der Sonderoperation jedoch nicht beeinträchtigen.

Im Internet verbreiten sich mittlerweile erste [Aufnahmen](#), die die Zerstörungen zeigen.

Die strategische Antonowski-Brücke ist die einzige Brücke für Autos und Fußgänger über den Dnepr-Fluss in der Stadt Cherson. Sie ist etwa 1,4 Kilometer lang und verbindet die Stadt mit anderen Siedlungen des Gebietes. Die russische Armee hatte die Brücke bereits am 25.

Februar unter ihre Kontrolle genommen. Kiew geht davon aus, dass, wenn die Brücke zerstört wird, pro-russische Kämpfer in der Stadt ohne Nachschub bleiben würden.

Das ukrainische Militär hat innerhalb der vergangenen zwei Wochen die Brücke mehrmals angegriffen. Am 20. Juli sagte Stremoussow, die Brücke sei "praktisch zerstört" und könnte einstürzen, falls die Angriffe fortgesetzt würden.

Wladimir Saldo, der Leiter der Verwaltung, sagte am Mittwoch, zwei Raketen hätten außerdem eine Eisenbahnbrücke, die sich in der Nähe befindet, im Verlauf des Beschusses getroffen. "Stromaufwärts gibt es eine Eisenbahnbrücke, dort haben auch zwei Raketen eingeschlagen", sagte der Lokalpolitiker.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e0f1e3b480cc6e0f6aceaa.jpg>

21. Juli 2022: Ein Auto auf der Antonowski-Brücke über den Fluss Dnepr in Cherson

11:30 de.rt.com: **Donezk fordert den Westen auf: "Stellt um unserer Kinder willen die Waffenlieferungen an Kiew ein"**

Die Volksrepublik Donezk hat am Gedenktag für die bei Kriegshandlungen im Donbass ums Leben gekommenen Kinder den Westen aufgefordert, die Waffenlieferungen an Kiew einzustellen.

Einem entsprechenden Aufruf [veröffentlichte](#) die DVR-Menschenrechtsbeauftragte Darja Morosowa in einer Erklärung am 27. Juli auf ihrem Telegramm-Kanal:

"Der Gedenktag für die Kinderopfer des Krieges im Donbass ist nicht nur ein Gedenktag. Es ist unser Aufruf an die Welt: Wacht auf! Unsere Kinder werden ermordet! Und ihr, die ihr die Augen davor verschließt und weiterhin Waffen an die Ukraine liefert, macht euch zu

Komplizen ungeheuerlicher Verbrechen!"

"Seit acht Jahren schlafen wir ein und wachen mit Angst um unsere Kinder und ihre Zukunft auf. Acht Jahre lang haben wir sie verzweifelt vor den Gefahren geschützt, die jede Minute auf sie lauern. Sie aber wurden zu früh erwachsen: Sie haben gelernt, nach dem Gehör zu erkennen, welche Waffen die Kiewer Kämpfer abfeuern. Und mit gebrochenem Herzen trauern sie um ihre Spielkameraden, wenn sie für immer im Getöse des Krieges verschwinden."

Kinder brauchen Frieden, betonte Morosowa. "Und es gibt kein wichtigeres Ziel für uns Erwachsene heute. Wir müssen den Völkermord durch die ukrainischen Behörden aufhalten und Versuche, den Nationalsozialismus wieder aufleben zu lassen, für immer unterbinden. Zum Gedenken an die unschuldig Ermordeten. Für die Sicherheit all derer, die diese Erinnerung durch die Jahrhunderte tragen sollen."

Menschen trugen am Tag des Gedenkens an bei Kriegshandlungen im Donbass ums Leben gekommenen Kinder Kuscheltiere, Blumen und Kerzen zur Allee der Engel genannten Gedenkstätte in Donezk.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/OeEjswghHWRE_f9Er4cD9plbPVn1rXxLEr7McSVPDE0vXDbkxFjopr6ZsNeiwZfprgtz5fd-oarqep8svQoV5ggW96tHO3LYFkmr8R6BtEwSGd4ueHNG3GHohUnavJFTJs5wcSWDQ5si4-jrfzAKGMNxb-G96wxNd-HcGY1sLK-2R7DuFEtZ1zZ7QAWjRXocVz3QmSOMqmiX5T0ewz4FAH7qBoiYrgarA8hl-RuDIOMWtpPEK8jTA2hq1pK3frbVwpX3dWCIOKgyB7ofvLKZTUyIK2reKPmVjxnSvtqoO5SoD56HZEAXr_0X9QWOtmiTKrn2bnkGJpzZnvPkYD_Y0Q.jpg

11:55 de.rt.com: **Reuters: Erstes Schiff mit Getreide aus der Ukraine könnte diese Woche Schwarzmeerhafen verlassen**

Ein erstes Schiff mit Getreide aus der Ukraine könnte bis Ende der Woche von einem der Schwarzmeerhäfen entlang des sogenannten Getreidekorridors ablegen. Dies soll ein hoher türkischer Beamter in einem Interview mit Reuters erklärt haben. Ihm zufolge seien bereits alle Details dafür geregelt worden, einschließlich einer sicheren Route, die nicht entmint werden müsse. Reuters zitierte den Beamten:

"Es wird nicht länger als ein paar Tage dauern. Offensichtlich wird die erste Getreidecharge diese Woche aus der Ukraine verschifft."

Zuvor hatte der İbrahim Kalın, der Sprecher des türkischen Präsidenten durchblicken lassen, dass bis zum Ende dieses Jahres bis zu 50 Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine und Russland durch den Getreidekorridor transportiert werden könnten. Gleichzeitig könnten die Vereinbarungen über Getreidetransporte nach den ersten vier Monaten automatisch verlängert werden, sagte der Sprecher.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e1087348fbef7c812d2dec.jpg>

nachmittags:

13:02 (12:02) novorosinform.org: **Donezk erinnert sich an Kinder - Opfer des Krieges im Donbass**

Einwohner der DVR gedenken am 27. Juli der Kinder, die im Donbass durch den Beschuss der Streitkräfte der Ukraine ums Leben kamen.

Dieser Gedenktag wurde per Dekret des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin festgelegt. Heute bringen die Menschen Blumen und Spielzeug in die „Allee der Engel“, um sie am Gedenkstein mit den eingemeißelten Namen der toten Kinder niederzulegen.

"In der Ukraine wissen die Menschen nicht, dass hier jeden Tag Menschen sterben, Kinder sterben. Im Laufe der Jahre sind 130 Kinder gestorben. Und wie viele weitere verletzte Kinder, sie zählen zu Hunderten, Tausenden. Ukrainische Granaten", sagte Ilja, ein Einwohner von Donezk, der heute in die „Allee der Engel“ kam, einem Korrespondenten der Nachrichtenagentur Noworossija.

Donezk ist heute auch Gastgeber einer Konferenz, die organisiert wurde, um die Erinnerung an die toten Kinder zu verewigen.

"Wir werden die Verbrechen des ukrainischen Neonazi-Regimes nicht vergessen und die Welt nicht vergessen lassen. Die Täter müssen sich für jedes unschuldig getötete Kind verantworten", sagte das Oberhaupt der DVR.



https://www.novorosinform.org/content/images/97/14/49714_720x405.jpg

12:25 de.rt.com: **Russischer Militärsprecher: 120 ukrainische Kämpfer und fast genauso viele HIMARS-Raketen im Gebiet Dnepropetrowsk liquidiert**

Die russische Luftwaffe hat bei einem Angriff auf ein Munitionsdepot im ukrainischen Gebiet Dnepropetrowsk mehr als 100 MLRS-und GMLRS-Raketengeschosse für die Mehrfachwerfer HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System) aus US- Produktion zerstört. Außerdem seien bei dem Angriff bis zu 120 ukrainische Soldaten nebst ausländischen Söldnern sowie technischen Spezialisten getötet worden, gab der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow am Mittwoch bekannt: "Überprüften Aufklärungsdaten zufolge wurden bei einem Angriff der russischen Luftwaffe auf ein Munitionsdepot in der Nähe des Dorfes Ljubimowka im Gebiet Dnepropetrowsk am 24. Juli mehr als einhundert Raketen für das US-amerikanische HIMARS-Mehrfachraketenwerfersystem zerstört. Bis zu 120 Soldaten, die das Objekt bewachten, sowie ausländische Söldner und technische Spezialisten wurden liquidiert."

12:40 de.rt.com: **Russisches Militär: Ukrainische Brigade ihrer Kampfkraft beraubt**

Die russischen Streitkräfte sollen eine ukrainische Brigade in der Nähe des Dorfes Nowomichailowka in der Volksrepublik Donezk mit Präzisionsschlägen ihrer Kampfkraft beraubt haben. Dies berichtete das russische Verteidigungsministerium. In der Erklärung hieß es:

"Eine Kompanie der 10. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde in der Nähe von Artjomowsk durch den Beschuss vollständig zerstört. Darüber hinaus wurde die 53. mechanisierte Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch einen Präzisionsschlag in der Nähe von Nowomichailowka in der Volksrepublik Donezk praktisch funktionsunfähig gemacht." Eine Brigade zählt normalerweise rund 4.000 Militärangehörige. Eine Kompanie besteht aus circa 100 Kämpfern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e113ef48fbef799a7b5175.jpg>

13:03 de.rt.com: **Iran will in Venezuela Landwirtschaft auf einer Million Hektar Land betreiben**

Während die westlichen Staaten mit ihren einseitigen, völkerrechtswidrigen Sanktionen und weiteren feindseligen Wirtschaftsmaßnahmen die internationale Entwicklung zu sabotieren versuchen, wächst die Süd-Süd-Kooperation beständig an.

Die venezolanische Regierung hat Iran gestattet, eine Million Hektar Gelände landwirtschaftlich zu nutzen, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim unter Berufung auf den stellvertretenden Innenminister Irans für wirtschaftliche Angelegenheiten Mohsen Kuschesch Tabar berichtete. Gegenüber Tasnim betonte das iranische Regierungsmitglied den Mehrwert, den die Produkte und Dienstleistungen iranischer wissensbasierter Unternehmen in anderen Ländern, wie etwa in Südamerika, schaffen würden.

Kuschesch Tabar sagte, ein solch großer Plan für den Anbau im Ausland, wie er von Venezuela Iran gestattet wurde, zeige, dass Iran so groß und stark geworden sei und ein so hohes Niveau im wissenschaftlichen Austausch erreicht habe, dass andere Länder auf die Islamische Republik zugehen. Er fügte hinzu:

"Es ist definitiv ein Zeichen für das technische Wissen dieser (iranischen) wissensbasierten Unternehmen, das sich auf internationaler Ebene durchgesetzt hat."

Im Juni hatte der venezolanische Präsident Nicolás Maduro Teheran besucht und ein 20-jähriges Partnerschaftsabkommen über die Zusammenarbeit mit Iran in verschiedenen Bereichen unterzeichnet.

Das Abkommen umfasst Partnerschaften in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Landwirtschaft, Öl und Gas, Petrochemie, Tourismus und Kultur.

Auch in anderen Bereichen wächst die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Im Juli dieses Jahres erhielt etwa die staatliche Erdölfirma Venezuelas PDVSA vier Millionen Barrel Erdöl aus Iran, wie die iranische Nachrichtenagentur Mehr berichtete. Das war etwa eine Million Barrel mehr als im Vormonat. Bereits von Mai auf Juni war die Menge importierten Erdöls aus Iran um eine Million Barrel gestiegen.

Iran und Venezuela hatten ihre Zusammenarbeit im Energiebereich in den letzten Jahren verstärkt. Venezuela tauscht Schweröl und andere Güter mit Iran aus. Teheran liefert etwa Benzin, Gaskondensat, Raffinerieteile und technische Unterstützung. Im Mai unterzeichneten die staatlichen Unternehmen der beiden Länder einen Vertrag über die Modernisierung der venezolanischen Raffinerie El Palito.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e0ef4648fbef78900a4eaf.jpeg>

13:10 de.rt.com: **10 HIMARS- und Olcha-Raketengeschosse in Cherson-Gebiet abgefangen**

Die russische Flugabwehr hat über der Stadt Cherson und den Siedlungen Antonowka und Briljowka im Gebiet Cherson zehn Raketen der Mehrfachraketenwerfer-Systeme Olcha und

HIMARS abgefangen. Dies gab Generalleutnant Igor Konaschenkow, offizieller Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch bekannt:

"10 Geschosse der Mehrfachraketen-Systeme Olcha und HIMARS wurden über den Siedlungen Antonowka und Briljowka in der Region Cherson sowie über der Stadt Cherson abgefangen."

Ob es sich bei den Raketengeschossen der Olcha, seinerseits ein ukrainischer Abkömmling des sowjetischen 300-Millimeter-Mehrfachraketenwerfers BM-30 Smertsch, um die Olcha-R oder die Olcha-M handelt, geht aus der Pressemitteilung nicht hervor. Die erstgenannte Rakete fliegt, ähnlich wie die US-amerikanische GMLRS-Munition der MLRS und HIMARS, bis zu 70 Kilometer weit; die modernisierte Olcha-M soll bis zu 120 oder 130 Kilometer weit fliegen. Ähnliche Raketen mit bis zu 120 Kilometern Reichweite wurden in Russland für die BM-30 Smertsch für das Militär eines Drittstaates fertig entwickelt, [stehen zum Export](#) und tragen die Bezeichnung 9M542. Bei allen genannten Geschossen handelt es sich um hochpräzise Lenkgeschosse mit Kurskorrektur nach Gyroskop- und Satellitnavigationsdaten.

14:05 de.rt.com: **Zentrum für humanitäre Hilfe in Cherson stellt seine Tätigkeit ein – wegen Schließung der Brücke**

Ein Zentrum für humanitäre Hilfe der Partei "Einiges Russland" in Cherson hat seine Arbeit vorübergehend eingestellt. Grund dafür ist die Schließung der Antonowski-Brücke wegen des jüngsten Beschusses durch die Ukraine.

Diesbezüglich erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von "Einiges Russland" Igor Kastjukewitsch, der für die humanitäre Arbeit der Partei im Gebiet Cherson zuständig ist, dass es während der Sperrung der Brücke nicht möglich sei, diese zu überqueren, um humanitäre Hilfe zu leisten. Weiter hieß es:

"Jetzt wird entschieden, wie die Arbeit des Zentrums unter den derzeitigen Bedingungen neu gestaltet werden kann. In den nächsten zwei oder drei Tagen werden wir die Situation definitiv meistern. Das Zentrum wird weiterhin funktionieren."

Cherson liegt am rechten Ufer des Dnepr und ist über die Antonowski-Brücke mit dem linken Ufer verbunden. Außerhalb von Cherson befindet sich die nächste Straßenbrücke über den Fluss erst in Nowaja Kachowka.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e11d8148fbef784d238f92.jpg>

Eine freiwillige Mitarbeiterin des Zentrums für humanitäre Hilfe von "Einiges Russland"

15:18 (14:18) novorosinform.org: **Medwedew drängte darauf, die Anerkennung von Dokumenten der Ukraine zum Thema Bildung sicherzustellen**

Die russischen Behörden müssen das Problem mit der Anerkennung ukrainischer Bildungsdokumente lösen, sagte Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates.

Der Politiker drängte darauf, eine "rechtliche Methode" zu finden, die es Russland ermöglicht,

in der Ukraine ausgestellte Bildungsdokumente anzuerkennen, berichtet TASS.

Medwedew erinnerte daran, dass die Ukraine das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Bildungsdokumenten einseitig gekündigt habe.

„Aber das ist ihre Sache. Lass sie leben, wie sie wollen. Aber auf jeden Fall müssen wir uns um unsere Bürger und diejenigen kümmern, die sich in einer schwierigen Situation befinden, Flüchtlinge“, betonte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates.

Die Anerkennung von Bildungsdokumenten ist notwendig, damit ukrainische Flüchtlinge in Russland arbeiten und studieren können. Diese Entscheidung solle auch für Bewerber gelten, die in Bildungseinrichtungen eintreten, betonte Medwedew.



https://novorosinform.org/content/images/97/30/49730_720x405.jpg

14:21 de.rt.com: **Griechenland: Russische Touristen nur in "mikroskopischen Mengen"**

In diesem Jahr kommen praktisch keine Touristen aus Russland nach Griechenland. Dies ist ein schwerer Schlag für die Reisebranche des Landes, denn sie verliert damit eine der wichtigsten Einnahmequellen, sagt Russlands Botschafter in Griechenland Andrei Maslow. Laut Russlands Botschafter in Griechenland, Andrei Maslow, erleide die griechische Tourismusbranche enorme Verluste, da das Land derzeit Touristen aus Russland schmerzlich vermisst.

Obwohl der Premierminister Griechenlands Anfang März gesagt habe, dass sein Land bis zu 35 Millionen ausländische Touristen erwarte und das Ausbleiben von 500.000 russischen Touristen die griechische Wirtschaft in keiner Weise beeinträchtigen würde, habe diese Einschätzung einen politischen Hintergrund, mutmaßte Maslow. Er höre von großen griechischen Reiseveranstaltern und Hoteliers, dass sie in diesem Zusammenhang "eine etwas andere Sichtweise haben". Ihm zufolge habe die Tourismusbranche in Griechenland ohne die Russen eine ihrer Haupteinnahmequellen verloren. Der Diplomat sagte:

"In mikroskopischen Mengen dringen die Touristen natürlich ein. Aber ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass es dieses Jahr praktisch keinen russischen Tourismus in Griechenland gibt".

Große Hotelketten etwa, die sich in den vergangenen Jahrzehnten stark auf den russischen Markt orientiert hätten, würden nun erhebliche Einbußen erleiden, erklärte der Botschafter. Der Grund, warum Russen Griechenland fernblieben, sei nicht der Unwille, in ein "unfreundliches" Land zu reisen, sondern andere objektive Gründe, so Maslow.

Derzeit gibt es keine Direktverbindungen aus Russland in europäische Länder. Wer nach Griechenland will, muss dies über Umwege tun, beispielsweise über die Türkei.

Dementsprechen steigen auch die Flugpreise. Außerdem können russische Touristen im Ausland ihre in Russland ausgestellten Bankomatkarten nicht nutzen.

Zudem bemängelte Maslow, dass Moskau und Athen die Zusammenarbeit eingestellt haben.

Es gebe derzeit keine diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern. "Seit Ende Februar

sind unsere bilateralen Beziehungen komplett zerstört, es gibt sie nicht mehr, es gibt keine Zusammenarbeit, keine Kontakte", sagte er im russischen Fernsehen am Dienstag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e1160bb480cc6010294c99.jpg>

14:30 de.rt.com: **Zwei Einwohner von Donezk durch ukrainischen Beschuss getötet**

Die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes hat mitgeteilt, dass im Donezker Stadtteil Kuibyschew zwei Zivilisten durch ukrainischen Beschuss getötet worden seien. Auf dem Telegram-Kanal der Einrichtung hieß es:

"Durch den Beschuss des Stadtteils Kuibyschew sind Zivilisten ums Leben gekommen: ein Mann, der 60 Jahre alt aussieht, die Angaben zur Person werden noch ermittelt; ein weiterer Mann, der 40 Jahre alt aussieht, die Angaben zur Person werden noch ermittelt."

Weiter präzisierte die Vertretung, dass zudem das Dach, die Verglasung, die Türen und die Stromleitung in der Krapivnikaja Straße beschädigt worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e1240bb480cc74d10de093.jpg>

Eine Frau neben der Leiche eines Mannes, der durch ukrainischen Beschuss im Petrowski-Bezirk von Donezk getötet wurde

15:43 (14:43) novorosinform.org: **In Deutschland startete ein Projekt zu den Ereignissen im Donbass**

Im Internet ist das deutschsprachige Projekt „donbass-complains.com“ gestartet.

Am Tag des Gedenkens an Kinder-Opfer des Krieges im Donbass wurde ein neues Projekt gestartet, dessen Ziel es ist, die Wahrheit über die Verbrechen der Ukraine aufzudecken. Das Projekt wurde von fürsorglichen Bürgern Deutschlands organisiert, die den Völkermord an der Bevölkerung von Donbass stoppen wollen, teilte der Donezker Blogger Wjatscheslaw Djakow mit.

In einer Zeit, in der viele deutsche Politiker von "fünf Monaten Krieg" sprechen, versteht die einfache Bevölkerung des Landes das Grauen dessen, was passiert. Deshalb widmeten sie

jedem verstorbenen Kind auf der Projekt-Website eine eigene Seite. Darüber hinaus enthält die Website Geschichten von Augenzeugen und Zeugen der Gräueltaten der Streitkräfte der Ukraine. Beweise für die Folter von Zivilisten und die Kriegsführung mit kriminellen Methoden werden nun auf der Ressource gesammelt.



https://novorosinform.org/content/images/97/33/49733_720x405.jpg

14:50 de.rt.com: Meldungen: Ukrainische Stellungen in Awdejewka, Trabantenstadt von Donezk, unter schwerstem Artilleriebeschuss – Erstürmung erwartet

Am Mittwoch, den 27. Juli, berichten mehrere Nachrichtenkanäle im Messenger Telegram von starken Explosionen in dem von der ukrainischen Armee kontrollierten Gebiet von Awdejewka – einer Stadt in unmittelbarer Nähe zu Donezk und Makejewka. Dies deutet viele als Hinweis auf eine baldige Erstürmung der Stadt durch russische Truppen sowie Milizen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

So berichtet der Militärkorrespondent Juri Kotonók, ukrainische Informationskanäle sprächen über eine "starke Bearbeitung der Frontlinie der ukrainischen Streitkräfte" auf just diesem Abschnitt der Front. Augenzeugen der Nachrichtenagentur Noworossija berichteten von lauten Geschützsalven, die aus fast allen Stadtteilen von Donezk zu hören seien.

Am Vortag gab der stellvertretende Informationsminister der Donezker Volksrepublik, Daniil Bessonow, die Bereitschaft der verbündeten Streitkräfte bekannt, die Republik bis Ende August zu befreien. In Verbindung mit dieser Aussage ist eine baldige Erstürmung der Stadt Awdejewka und ihre Befreiung aus den Händen der ukrainischen Truppen tatsächlich nicht auszuschließen. Seit Monaten verübten die ukrainischen Streitkräfte von Awdejewka aus ununterbrochen Artillerieangriffe gegen Zivilisten in Donezk und Makejewka.

14:55 de.rt.com: Posse um genehmigte und ungenehmigte Regenbogenflaggen – Bundesministerien im Streit

Obwohl das Bundesinnenministerium die sogenannte Progress-Regenbogenflagge nicht genehmigt hat, ist sie seit dem 28. Juni vor dem Bundesfamilienministerium gehisst. Darüber entwickelte sich ein Streit zwischen den beiden Bundesbehörden.

Seit dem 28. Juni, dem Jahrestag des "Christopher Street Day", weht vor dem Bundesfamilienministerium eine spezielle Form der Regenbogenflagge. Die sogenannte Progress-Regenbogenflagge unterscheidet sich von der normalen Regenbogenflagge durch mehrere zusätzliche Farbstreifen in Dreiecksform und einen zusätzlichen Punkt. Die ordnungsgemäße Beflaggung von Bundesbehörden liegt in der Zuständigkeit des SPD-geführten Bundesinnenministeriums, welches erstmals Mitte Mai dieses Jahres die vom BMI genehmigte Regenbogenflagge hisste.

Das Hissen der Progress-Regenbogenflagge vor dem von den Grünen geführten Familienministerium habe jetzt zu einem Streit zwischen den beiden Ministerien geführt, wie

die Berliner Zeitung berichtete. Denn die Beflaggung vor der Familienbehörde sei entgegen der schriftlichen Information seitens des BMI erfolgt, wonach es keine Genehmigung für die Progress-Beflaggung gebe.

Einen Bericht über den interministeriellen Konflikt auf dem YouTube-Kanal des ehemaligen Bild-Chefredakteurs Julian Reichelt "Achtung Reichelt" hätten laut Berliner Zeitung beide Ministerien auf Anfrage bestätigt.

Erst am 6. April habe das BMI das Hissen der traditionellen Regenbogenflagge an Bundesgebäuden genehmigt, so die Zeitung. Das Blatt berichtete weiter, dass das BMI nach eigenen Angaben am 13. Juni in einem weiteren Schreiben ausdrücklich darauf hingewiesen habe,

"dass das Hissen weiterer Logo-Flaggen nicht vom BMI-Schreiben vom 6. April 2022 umfasst ist und auch ansonsten nicht genehmigt werden kann."

Auf die Frage, warum gerade die Progress-Regenbogenflagge gehisst worden sein, habe die Sprecherin des Familienministeriums geantwortet:

"Als Gleichstellungsministerium sind wir stolz, dieses Jahr die Progress-Regenbogenfahne zu hissen, um ein Zeichen besonderer Solidarität auch mit allen Trans- und Inter-Personen zu setzen. Damit drückt das Haus unmissverständlich aus, für alle queeren Menschen einzustehen."

Bis zum 29. Juli soll die ungenehmigte Flagge den Angaben zufolge noch vor der Familienbehörde hängen bleiben.

15:00 de.rt.com: **Tag des Gedenkens an im Krieg getötete Kinder des Donbass vor der US-Botschaft in Moskau begangen**

Um an die Schuld der US-Regierungen - spätestens seit Obama - an den heutigen Entwicklungen in der Ukraine zu erinnern, haben Aktivisten der russischen Regierungspartei am 27. Juli eine Aktion veranstaltet: Zum Gedenktag an minderjährige Kriegsoffer des Donbass stellten sie sich in Moskau gegenüber der Botschaft der USA auf dem Platz der Volksrepublik Donezk auf – wobei sie in ihren Händen Portraits der durch das ukrainische Militär im Donbass ermordeten Kinder präsentierten. Eine Reaktion blieb bis zum Redaktionszeitpunkt aus.

15:14 de.rt.com: **Iran führt russisches Zahlungssystem Mir ein**

Irans Außenministerium hat Vereinbarungen mit Russland über die bevorstehende Einführung des russischen Zahlungssystems im Land angekündigt. Zuvor hatte der russische Verband der Reiseveranstalter berichtet, dass auch Geldautomaten in Kuba Mir-Karten akzeptieren.

Teheran wird in naher Zukunft das russische Zahlungssystem Mir einführen. Dies hat der stellvertretende iranische Außenminister für Wirtschaftsdiplomatie Mehdi Safari gesagt. Er erklärte:

"Ich denke, dass dieses Zahlungssystem bald in Iran aktiviert werden wird. Im Moment weiß ich allerdings nicht, ob es in Iran eingesetzt werden kann oder nicht, aber es gibt eine Vereinbarung darüber."

Das Nationale Zahlungskartensystem, der Kartenbetreiber des russischen Mir-Systems, wurde im Jahr 2014 als Reaktion auf westliche Sanktionen angesichts der Wiedervereinigung der Krim mit Russland gegründet. Die russische Zentralbank führte das System für den Fall ein, dass die Karten des internationalen Zahlungssystems abgeschaltet werden.

Laut der Webseite des Zahlungssystems können Mir-Karten jetzt in der Türkei, Vietnam, Armenien, Südkorea, Usbekistan, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Südossetien und Abchasien uneingeschränkt verwendet werden.

Am 26. Juli meldete der Verband der Reiseveranstalter Russlands (ATOR), dass Mir-Karten nun auch von Geldautomaten in Kuba akzeptiert werden. Mit Myanmar, Nigeria, Bahrain und Thailand haben mindestens vier weitere Länder erklärt, dass sie den Einsatz von Mir in ihrem

Hoheitsgebiet in Betracht ziehen. Im April teilte die russische Zentralbank mit, dass neben Kuba noch mit zwei weiteren Ländern Verhandlungen über Mir-Karten geführt werden. Um welche Länder es sich dabei handelt, wurde jedoch nicht bekanntgegeben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e11a3048fbef78a8607596.jpg>

15:29 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: Berlin genehmigt Verkauf von 100 Panzerhaubitzen**

Die Bundesregierung hat den Verkauf von 100 Panzerhaubitzen an die Ukraine genehmigt. Bereits im April hatte das Land eine direkte Anfrage an den Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann gestellt. Das Auftragsvolumen des nunmehr genehmigten Waffengeschäfts übersteigt das Volumen früherer Lieferungen um ein Vielfaches.

Die Bundesregierung hat den Verkauf von 100 modernen Panzerhaubitzen an die Ukraine genehmigt, wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtet. Bereits am 13. Juli habe das Bundeswirtschaftsministerium dem deutschen Rüstungshersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) eine Herstellungsgenehmigung für die Systeme vom Typ "[Panzerhaubitze 2000](#)" erteilt, so das Blatt weiter. Im April hatte die Ukraine bei dem Rüstungshersteller angefragt, ob man die Haubitzen direkt bei ihm erwerben könne. KMW hatte daraufhin ein entsprechendes Angebot abgegeben.

Nach Aussage eines Unternehmenssprechers habe KMW dann am 11. Juli einen entsprechenden Antrag beim Wirtschaftsministerium gestellt und bereits zwei Tage später die Genehmigung erhalten. Es werde nun umgehend mit der Produktion der Waffensysteme begonnen, so der Sprecher weiter. Wann die ersten Haubitzen an die Ukraine gehen, ist allerdings noch völlig offen. Die Fertigstellung aller Haubitzen dürfte sich über mehrere Jahre hinziehen.

Die Bundesregierung hatte in den letzten Wochen jedoch bereits einige Systeme desselben Typs aus Bundeswehrbeständen an die Ukraine geliefert. Zuvor waren ukrainische Soldaten in Deutschland an dem System ausgebildet worden. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter kursierten wenig später Bilder, die das Waffensystem im Einsatz zeigten.

Das Budget für den nun genehmigten Auftrag bezifferte das Unternehmen auf eine Summe von rund 1,7 Milliarden Euro. Damit übersteigt das Auftragsvolumen den Wert aller bisherigen Waffenlieferungen in Höhe von rund 600 Millionen Euro um ein Vielfaches.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e1449b48fbef78a86075ed.jpg>
Panzerhaubitze 2000

15:51 de.rt.com: **Israel: Russland feuerte im Mai "einmalig" mit S-300-Raketen auf israelische Jets über Syrien**

Der israelische Verteidigungsminister bestätigte, dass nach einem Angriff der israelischen Luftstreitkräfte auf Ziele in Syrien im Mai russische Streitkräfte das Feuer auf israelische Jets mit S-300-Flugabwehrraketen eröffnet hätten. Die syrischen S-300-Batterien dürfen vom russischen Militär betrieben werden und dürfen ohne dessen Zustimmung nicht abgefeuert werden.

Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz [bestätigte](#), dass russische Streitkräfte im Mai nach einem Angriff der israelischen Luftstreitkräfte auf Ziele in Nordwestsyrien das Feuer auf israelische Flugzeuge mit S-300-Flugabwehrraketen eröffnet hätten.

Der Vorfall wurde erstmals von Channel 13 News eine Woche nach dem israelischen Angriff gemeldet, bei dem die israelischen Luftstreitkräfte Mitte Mai mehrere Ziele in einem Vorort von Stadt Masyaf im Nordwesten Syriens bombardiert hatten. Der Angriff soll nach israelischer Darstellung Waffendepots und Militärposten iranischer Milizen in der Region [Masyaf](#) getroffen haben. Gantz sagte, es wäre dem Zielerfassungsradar der S-300-Flugabwehrraketenkomplexe allerdings nicht gelungen, die israelischen Jets zu verfolgen. "Es handelte sich um einen einmaligen Vorfall", unterstrich Gantz am Dienstag auf einer von Channel 13 veranstalteten Konferenz. Der Vorfall war der erste Einsatz der S-300 gegen die aggressiven israelischen Luftangriffe gegen Syrien.

Da die syrischen S-300-Batterien vom russischen Militär betrieben werden und ohne dessen Zustimmung nicht abgefeuert werden dürfen, war der Vorfall für Israel eine durchaus besorgniserregende Entwicklung, weil das Land in den vergangenen Jahren bereits Hunderte von Luftangriffen unbehelligt über Syrien ausgeführt hatte.

Die Lieferung der S-300-Flugabwehrraketen-Komplexe von Russland an Syrien erfolgte nach dem Abschuss eines russischen Militärflugzeugs durch syrische Streitkräfte. Damals schoss die syrische Luftabwehr irrtümlich statt angreifender Israelis ein russisches Aufklärungsflugzeug ab, das sich im Landeanflug auf den [Militärflugplatz Hmeimim](#) bei Latakia befand. Die ganze Mannschaft aus 15 russischen Soldaten kam dabei ums Leben. Die syrische Luftverteidigung hatte eigentlich auf israelische Kampffjets gezielt, als diese einen Angriff auf Latakia flogen und dabei aber das russische Flugzeug im Landeanflug als Deckung benutzt hatten. Russland machte somit seinerzeit Israel für den Vorfall verantwortlich.

Israel und dessen Verbündete hatten sich jahrelang dafür eingesetzt, dass eine Lieferung von S-300-Baterien an Syrien und an andere regionale Akteure verhindert wird, da das Israels Fähigkeit spürbar einschränken würde, seine Aggressionen gegen Nachbarländer fortzusetzen. Die Bestätigung des Vorfalls durch Gantz erfolgt im Zuge einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Israel und Russland u.a. wegen der Pläne in Moskau, die Jewish Agency in Russland zu schließen. In Tel Aviv wächst zugleich die Sorge, dass Russland seine bisherige Politik eines "offenen Himmels" für die israelischen Luftstreitkräfte über Syrien revidieren könnte. Nach Darstellung der israelischen Beamten hat Moskau bislang Israel stets "Bewegungsfreiheit" über Syrien gewährt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e133efb480cc5f3531eec6.jpg>
S-300-Flugabwehrrakete nach dem Start

16:00 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Kiews Beschuss des KKW Saporoschje führt zur technologischen Katastrophe**

Der stellvertretende Leiter der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, Iwan Netschajew, hat erklärt, dass die ukrainischen Beschießungen des KKW Saporoschje zu einer massiven technologischen Katastrophe führen, was die USA und ihre Verbündeten jedoch für akzeptabel halten. Wörtlich hieß es:

"Es ist offensichtlich, dass sich die ukrainische Seite absichtlich in Richtung einer großen, von Menschen verursachten Katastrophe bewegt. Wir sehen, dass die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten damit völlig zufrieden sind."

Netschajew unterstrich, als Beweis hierfür diene die Entscheidung des Weißen Hauses, Kiew zusätzliche 270 Millionen US-Dollar an Militärhilfe zu gewähren.

16:13 de.rt.com: **Sergei Lawrow über westliche Sanktionspolitik: Nach Russland könnte China folgen**

Im Rahmen seiner Afrika-Reise hat sich Russlands Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch in Addis Abeba mit seinem äthiopischen Kollegen Demeke Mekonnen getroffen. Danach gab Lawrow eine Pressekonferenz, auf der er sich auch über die Energiekrise in Europa äußerte.

Nach Ägypten, Kongo und Uganda ist der russische Außenminister Sergei Lawrow im Rahmen seiner großen Afrika-Reise in Äthiopien eingetroffen. Am Mittwoch traf er sich in Addis Abeba mit seinem äthiopischen Amtskollegen Demeke Mekonnen. Gesprächsinhalt waren sowohl bilaterale als auch internationale Angelegenheiten der beiden Länder. Nach dem Treffen gab Lawrow in der russischen Botschaft in Addis Abeba eine Pressekonferenz für ausländische Diplomaten und ging ausführlich auf akute internationale Probleme ein. Dem russischen Chefdiplomaten zufolge seien sich die afrikanischen Staaten über die Ursachen der jetzigen Situation in der globalen Politik absolut klar. Es gehe nämlich darum, dass der Westen versuche, "sich an die schwindende Perspektive der unipolaren Welt zu klammern" sowie "den objektiven historischen Prozess und die Herausbildung einer gerechten demokratischen Ordnung zu bremsen".

Lawrow warf den USA vor, alle Länder zu zerstören, in denen die Regierung in Washington eine Bedrohung für ihre eigenen politischen Interessen sehe. Der Minister verwies in diesem Zusammenhang auf die US-Militäroperationen im ehemaligen Jugoslawien, dem Irak, Libyen, Syrien und anderen Staaten. Dabei seien Städte wie Mossul im Irak und Rakka in Syrien praktisch zerstört worden. Für den Westen sei dies jedoch kaum ein Gesprächsthema gewesen. "Sie begannen Militäroperationen rücksichtslos, ohne jemandem den Grund zu erklären, und oft unter einem falschen Vorwand, wobei sie Städte zerstörten und tausende unschuldige Menschen töteten."

Der russische Chefdiplomat betonte, dass die Welt an einem wichtigen Scheideweg stehe: "Entweder wir leben in einer Welt, die den Grundsätzen der UN-Charta folgt, die auf der Gleichheit der souveränen Staaten basiert, oder wir leben in einer Welt, in der die Stärksten dominieren."

Wie jedes Land, das sich selbst respektiere, habe Russland das Recht, eigenständig zu bestimmen, was für seine Sicherheit gut sei. Mit Blick auf die Situation in der Ukraine sagte Lawrow, dass die NATO, angeführt von den USA und der EU, in diesem Fall für Moskau entschieden habe, was für Russland gut sein solle. Dabei habe Moskau mindestens seit dem Jahr 2013 die westlichen Staaten vor seinen roten Linien gewarnt. Als eine davon bezeichnete der Minister die Schaffung einer russophoben Ukraine an der Grenze zu Russland.

Die westlichen Sanktionen gegen sein Land verurteilte Lawrow als unrechtmäßig. Dabei hob er hervor, dass mit einigen wenigen Ausnahmen kein Entwicklungsland in Afrika, Asien und Lateinamerika die gegen Russland verhängten Restriktionen unterstützt habe. Der Minister warnte gleichzeitig, dass Washington und Brüssel die Währungsreserven eines jeden Landes einfrieren könnten, wenn es sie "verärgern" sollte. Der Westen bereite jetzt im Fall Russlands eine Rechtsgrundlage dafür vor. Nach Russland könnte China folgen. Es sei die nächste Zielscheibe des Westens.

"Das ist ein sehr interessantes Beispiel dafür, was die Amerikaner von dem fairen Wettbewerb in der Praxis halten."

Unter diesen Umständen könne man sich nicht mehr auf den US-Dollar als ein Instrument stützen, das die Weltwirtschaft aufrechterhalte. Deswegen würden immer mehr Länder auf alternative nationale Währungen umstellen.

Lawrow äußerte sich auch über die akute Energie-Krise in Europa. Er warf dem Westen eine "unwissenschaftliche und verantwortungslose Herangehensweise an die Energie-Märkte" vor. Die Probleme der europäischen Länder im Energie-Sektor seien eine Folge ihrer eigenen Energie-Politik.

"Wir empfinden keine Freude und kein Vergnügen daran, was Europa momentan erlebt. Aber sie haben es sich selbst angetan."

Nun suche Europa hektisch nach einer Energiequelle, die es in diesem Winter retten könnte. Dabei verzichte es für die nächste Zeit auf seine grüne Agenda, wobei die Kohle mit ihren Emissionen als Energiequelle zurückkehre. Die jetzige europäische Energie- und Umweltpolitik sehe ungeordnet aus, sagte Lawrow.

`<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456255710&hash=cd4734dc6b6baba3" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>`

https://vk.com/video-134310637_456255710

16:30 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Zeit gekommen, russische Städte zu befreien**

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin hat erklärt, dass die Zeit zur Befreiung russischer Städte, zu denen er mehrere gegenwärtig von der Ukraine kontrollierte Städte zählt, gekommen sei. In einem Text, der anlässlich des 78. Jahrestags der Befreiung der Stadt Brest von den Nazis auf Telegram veröffentlicht wurde, schrieb Puschilin:

"Heute ist wieder die Zeit gekommen, russische Städte, die von russischen Menschen gegründet wurden, zu befreien: Kiew, Tschernigow, Poltawa, Odessa, Dnepropetrowsk, Charkow, Saporoschje, Luzk..."

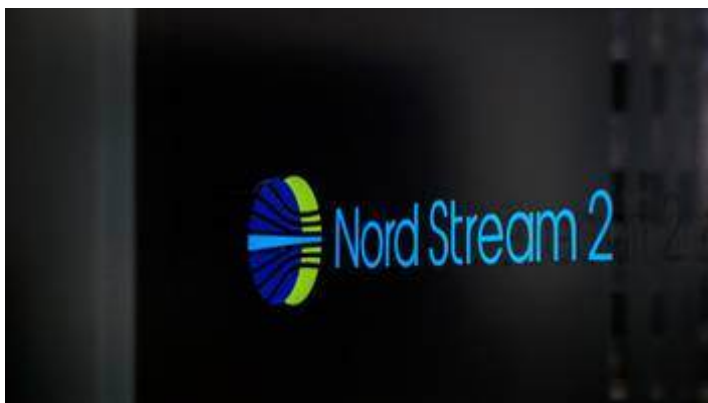
Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 27. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol wurden Arbeiten zur Montage von 4G-Ausrüstung an Kommunikationsobjekten und zur Inbetriebnahme von Basisstationen an zwei Kommunikationsobjekten durchgeführt. Die Arbeiten zur Montage von Funkrelaisverbindungen und zur Vorbereitung der Inbetriebnahme eines Kommunikationsobjekts in Kljutschewoje gehen weiter. An Einrichtungen des Gesundheitsversorgung wandten sich 5300 Menschen. Gasleitung im Bezirk Wolodarskoje wurden an die Gasversorgung angeschlossen. Zivilschutzkräfte haben mehr als 28 Hektar Territorium und fast 50.000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 112 explosive Objekte entschärft. Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind. So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja und Luganskoje abgeworfen**. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung. Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an. Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften. Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:00 de.rt.com: **Bürgermeister bringen in Schreiben an Regierung Nord Stream 2 ins Spiel**

Kommunalpolitiker der Insel Rügen haben in einem Schreiben an die Landes- und Bundesregierung die Nutzung der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 vorgeschlagen. Der Brief, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, ist von sieben Bürgermeistern unterschrieben. Nach Angaben des Sassnitzer Bürgermeisters Frank Kracht (Die Linke) sollen ihn nachträglich mehrere weitere Gemeinden unterzeichnet haben. Es gehe nicht darum, Nord Stream 2 "auf Krampf" zu reaktivieren. Vielmehr stehe die dauerhafte Energiesicherheit im Mittelpunkt, so Kracht. Wenn es technische Schwierigkeiten gebe, die Energiesicherheit über die Pipeline Nord Stream 1 zu gewährleisten, müsse man neue Wege finden. Nord Stream 2 sei eine Möglichkeit. Mit Blick auf den Ukraine-Krieg heißt es in dem Schreiben der Bürgermeister, man verurteile "auf das Schärfste dieses Kriegsgeschehen". Dennoch gelte es abzuwägen, wie groß die Schäden für die Bevölkerung und die Wirtschaft in der eigenen Region werden könnten. "Wir sind der Meinung, dass der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg, sich von den Energieträgern Russlands zu trennen, nicht der richtige ist." Um die Energiesicherheit, insbesondere die Versorgung mit Gas, ausreichend zu gewährleisten, empfehle man zusätzlich zu Nord Stream 1 die Nutzung von Nord Stream 2. In dem Papier ist die Rede von Sorgen angesichts der Planungen der Bundesregierung zur Gasversorgung und der dafür notwendigen Infrastruktur.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e158c3b480cc2d607f68a1.jpg>

17:10 de.rt.com: **Lawrow auf Afrika-Tour: Macron beklagt "Scheinheiligkeit" in Afrika**

Die meisten Länder des Globalen Südens unterstützen nicht das westliche Narrativ über den Ukraine-Krieg. Während der Westen in letzter Zeit vergeblich versucht hat, Russland auf der geopolitischen Ebene zu isolieren, ist der französische Staatschef nun genervt vom warmen Empfang der afrikanischen Spitzenpolitiker für Lawrow.

Während der Westen versucht, Russland im Zuge der Militäroperation in der Ukraine mittels Medienzensur als vom Rest der Welt isoliert darzustellen, machten die ersten Bilder von Lawrows Rede bei der arabischen Liga deutlich, dass der Kreml diplomatisch alles andere als im Abseits steht. Der russische Top-Diplomat Lawrow sprach in Kairo am Sonntag vor den Vertretern der Staaten der Arabischen Liga, die aus 22 Mitgliedern besteht.

Der französische Staatschef ist nun offenbar genervt von der positiven Resonanz, die Lawrow bei seinem Aufenthalt in Afrika erfährt. Emmanuel Macron hat auf seiner Afrikareise am Dienstag den Afrikanern "Scheinheiligkeit" bezüglich des Ukraine-Krieges vorgeworfen. "Vor allem auf dem afrikanischen Kontinent" werde die "einseitige Aggression gegen die Ukraine durch Russland" nicht beim Namen genannt, sagte Macron bei einer Pressekonferenz mit seinem kamerunischen Amtskollegen Paul Biya in Jaunde. Macron sagte, die Europäer benötigten die Unterstützung der Afrikaner, weil sich "das Schema einer Invasion" wie in der Ukraine sonst immer aufs Neue wiederholen werde.

Lawrow lobte bereits in einem auf der Website des russischen Außenministeriums veröffentlichten Artikel den "unabhängigen Weg", den afrikanische Länder bei der Ukraine-Frage eingeschlagen hätten, indem sie sich dem Westen bei der Verhängung der Sanktionen gegen Russland und den "unverhohlenen Versuchen der USA und ihrer europäischen Satelliten, der internationalen Gemeinschaft eine unipolare Weltordnung aufzuzwingen", nicht angeschlossen hätten. Als sich die UNO-Generalversammlung im März 2022 zu einer Sitzung zusammenfand, um Russlands Operation in der Ukraine zu verurteilen, votierten nur 28 von 54 afrikanischen Mitgliedern dafür.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e13787b480cc5d6a524ac8.jpg>

17:41 de.rt.com: **Kiew verlangt von Washington Erdgaslieferungen zu denselben Bedingungen wie bei den Waffen**

Das ukrainische Erdgasunternehmen Naftogaz ist in Schwierigkeiten und will Hilfe von der Regierung. Die kommt sogleich auf die Idee, sich von den USA Erdgas auf Pump liefern zu lassen. Die Schieflage von Naftogaz könnte allerdings Resultat von Korruption sein.

Die Ukraine will die USA um Erdgaslieferungen zu denselben Bedingungen bitten, wie sie bei den Waffen- und Munitionslieferungen gelten. Das sagte der ukrainische Ministerpräsident, Denis Schmigal, am Dienstag. Er betonte, dass dieses "Lend-Lease-Prinzip" (zu Deutsch: Leihen und Pachten) für den kommenden Winter dringend nötig werde, während die Europäische Union gleichzeitig eine Gasrationierung innerhalb der EU ins Auge fasst.

"Die Regierung der Ukraine hat beschlossen, bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu beantragen, dass sie unserem Staat einen 'Gas-Leihvertrag' für eine stabile Heizperiode gewährt", kündigte Schmigal während einer Kabinettsitzung an. Dies geht aus einem [Video](#) hervor, welches er auf seinem Telegramkanal veröffentlicht hat. "Die Vorbereitungen für den schwierigsten Winter unserer Geschichte gehen weiter und wir suchen nach allen möglichen Mitteln, um für jedes Szenario gerüstet zu sein", fügte er hinzu. Während Schmigal nicht näher darauf einging, wie die vorgeschlagene Vereinbarung funktionieren soll, deutet seine Verwendung des Begriffs "Lend-Lease" darauf hin, dass Kiew erwartet, Lieferungen von US-Flüssigerdgas (LNG) kostenlos zu erhalten. Die USA haben lange versucht, ihr LNG auf dem europäischen Markt zu verkaufen, aber sie konnten preislich nicht mit dem russischen Gas konkurrieren. Im Rahmen eines Lend-Lease-Plans aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, der im April neu aufgelegt wurde, schickt Washington derzeit Waffen und Munition im Wert von etlichen Millionen Dollar in die Ukraine.

Der Vorschlag von Schmigal kommt zeitgleich mit der Ankündigung des staatlichen Gasunternehmens Naftogaz, dass es mit der Bedienung seiner Verpflichtungen aus Anleihen in Verzug gerät. Das Unternehmen hat daher die Regierung in Kiew aufgefordert, "die volle Verantwortung für die Beschaffung der erforderlichen Finanzmittel für den Import von Erdgas für die bevorstehende Heizperiode" zu übernehmen.

Die ehemalige ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hingegen beschuldigte Naftogaz am vergangenen Montag der Unterschlagung. Das Unternehmen soll in den "Betrug des Jahrhunderts" verwickelt sein, indem es Milliarden fordert, um Gas zu kaufen. Aber die Ukraine brauche dieses Gas gar nicht und werde möglicherweise sogar einen Überschuss produzieren, so Timoschenkos Behauptung. Die Politikerin leitete von 2007 bis 2010 das von den USA unterstützte ukrainische Kabinett und sitzt heute als Vorsitzende der Partei "Vaterland" im Parlament.

Unterdessen hat die EU einen Plan zur Rationierung des Gasverbrauchs ab August angekündigt, um potenzielle Engpässe zu bewältigen. Der größte Teil des Erdgases der EU wurde bisher aus Russland importiert und Moskau hat zugesagt, seine Verträge trotz der von Brüssel verhängten Sanktionen zu erfüllen. Allerdings haben Wartungsarbeiten an Kompressionsanlagen der Pipeline Nord Stream 1 den Gasfluss nach Deutschland in den letzten Wochen wesentlich reduziert. Berichten zufolge fließen derzeit nur noch 20 Prozent der üblichen Mengen nach Westeuropa. Berlin hat eine Umgehung dieses Problems durch die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 allerdings kategorisch ausgeschlossen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e156e5b480cc2e2664daed.jpg>
 Schwimmendes LNG-Terminal in Finnland

17:59 de.rt.com: **EU-Gericht weist Klage von RT France ab – Kreml kündigt Gegenmaßnahmen an**

Das Gericht der Europäischen Union in Luxemburg hat eine Klage des Fernsehsenders RT France vom März zurückgewiesen. RT France wollte damit die Aufhebung seines Sendeverbots in den EU-Mitgliedsstaaten erreichen. Kremlsprecher Peskow sagte zur Abweisung der Klage, die EU trete damit "auf jenen Idealen herum", die sie der Welt zu vermitteln versuche.

RT France hatte in seiner Klage argumentiert, dass der Sender sich zuvor nicht habe gegen die Anschuldigungen verteidigen dürfen. Zudem würden Meinungs- und Informationsfreiheit, das Recht auf unternehmerische Betätigung und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verletzt. Außerdem stellte RT France infrage, ob der Rat der EU die fragliche Entscheidung überhaupt treffen durfte.

Das Gericht der Europäischen Union in Luxemburg wies all diese Punkte zurück. "Das Gericht weist die Klage in vollem Umfang ab", hieß es in einer Pressemitteilung vom Mittwoch. Die Richter argumentieren unter anderem, dass die verhängten Sanktionen "unter Berücksichtigung des außergewöhnlichen Kontextes" mit Blick "auf die verfolgten Ziele angemessen und erforderlich" seien.

Nach dem Urteil vom Mittwoch sagte RT France, die Entscheidung stelle einen "beispiellosen und inakzeptablen Angriff" auf den Grundsatz der Meinungsfreiheit dar. Der Sender will das Urteil anfechten.

Der Kreml bewerte das Urteil negativ, reagierte Sprecher Dmitri Peskow am Mittwoch. Die europäischen Länder "treten selbst auf jenen Idealen herum", die sie der Welt zu vermitteln versuchen." Der Angriff auf die Meinungsfreiheit, auf die Pressefreiheit in europäischen Staaten, einschließlich Frankreich, ist ein Prozess, der uns sowohl Sorge als auch Bedauern bereitet". Russland werde ähnliche Maßnahmen ergreifen, warnte der Kremlsprecher: "Da wird es keine milde Position geben."

Er sagte, bei RT arbeiteten "sehr talentierte, energische Leute", und er habe "keinen Zweifel", dass sie trotz aller Schwierigkeiten Möglichkeiten finden werden, um ihre Inhalte über verschiedene Kanäle auszustrahlen.

Die Europäische Union hatte die Ausstrahlung einiger russischer Medien, darunter RT, kurz nach Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine verboten. RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan warf der EU daraufhin vor, den Grundsatz der Meinungsfreiheit zu verletzen, und erklärte, die Sperrung zu dem Zeitpunkt sei "nur ein bequemer Vorwand" gewesen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e12af648fbef784d238fa8.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **Außenministerium der DVR will UNO zur Verurteilung von Waffenlieferungen an die Ukraine aufrufen**

Die Außenministerin der Donezker Volksrepublik Natalja Nikonorowa hat Journalisten über ihre Absicht informiert, sich an den Beauftragten des Hohen Kommissars für Menschenrechte sowie an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu wenden, um eine Verurteilung von Waffenlieferungen an die Ukraine durch westliche Staaten zu erwirken. Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge erklärte Nikonorowa:

"Die westlichen Länder wenden das Recht nicht nur willkürlich auf einzelne Staaten an, sondern leben auch in einer Art selektiver Realität: Sie bemerken keine Kinder, die an ebenjenen Geschossen sterben, die von westlichen Ländern geliefert werden."

Die Außenministerin der DVR fügte hinzu, dass sie beabsichtige, sich an Russlands Außenministerium zu wenden, damit diese Informationen verbreitet werden, und konkretisierte ihre Forderungen wie folgt:

"In erster Linie fordern wir, Waffenlieferungen an die Ukraine zu verurteilen, denn genau mit diesen Waffen werden unsere Kinder und unsere Zivilisten getötet. Zweitens – aufzuhören, die Augen vor der Wahrheit zu verschließen, vor dem Sterben von Zivilisten."

18:30 de.rt.com: **Kriegsvertriebene Ukrainer kehren allmählich in die ehemaligen Kriegsgebiete zurück**

Tausende Ukrainer, die vor den Kriegshandlungen geflohen sind, kehren sowohl in den ukrainischen als auch in den von Russland eroberten Gebieten allmählich in die Frontstädte zurück.

Menschen, die vor den Kämpfen im Osten und Süden der Ukraine geflohen sind, kehren nach und nach in ihre Heimat zurück, sowohl in die von der Kiewer Regierung kontrollierten Städte und Gebiete, als auch in Gebiete, die von russischen Truppen erobert worden sind, berichtete Euronews. Aussagen deuten darauf hin, dass die Rückkehrer die Risiken des Lebens in der angestammten Heimat der Ungewissheit einer dauerhaften Vertreibung vorziehen.

Zehntausende Ukrainer, die zu Beginn des Konflikts aus der Region Donezk evakuiert wurden, sollen seitdem zurückgekehrt sein, [berichtete](#) der russischsprachige Dienst von Euronews am Montag. Nach Angaben des Bürgermeisters von Pokrowsk sind bisher etwa 70 Prozent der Evakuierten in die Stadt zurückgekehrt, die auf einem von der Ukraine kontrollierten, aber von der Volksrepublik Donezk beanspruchten Gebiet liegt.

"Wir bekamen zu essen, es gab auch genug Nahrung, aber nur anfänglich. Dann wurde uns gesagt, wir müssten in ein Pflegeheim umsiedeln. Mein Sohn wollte das nicht", sagte Tamara

Markova, 82, dem Nachrichtensender. Sie und ihr Sohn Nikolay verbrachten weniger als eine Woche in der Stadt Dnjepr, bevor sie zum Schluss kamen, dass sie es doch lieber zu Hause versuchen wollen, wieder neu anzufangen.

Karina Smulskaya, 18, die derzeit als Kellnerin arbeitet um ihre Familie zu unterstützen, sagte gegenüber Euronews: "Ich verstehe, dass es sehr riskant ist, in der Stadt zu leben. Aber wenn wir von hier weg gehen, wer wartet woanders auf uns? Wer braucht uns da? Wir müssen Geld verdienen!" Pokrowsk, früher bekannt als Krasnoarmeisk, liegt in der Nähe von Donezk und etwa 60 Kilometer von der Front entfernt.

Moskau bietet Bewohnern von Regionen die unter seiner Kontrolle stehen die russische Staatsbürgerschaft an. Die Regierung in Kiew hat daraufhin ein Gesetz [vorgeschlagen](#), das Ukrainern, die eine russische Staatsbürgerschaft beantragen, bis zu 15 Jahre Gefängnis androht. Trotzdem entscheiden sich nicht wenige Menschen dafür, in die von Russland kontrollierten Gebiete wie Saporischschja zurückzukehren.

Laut einem anderen [Bericht](#) von Euronews passieren täglich bis zu 200 Autos den einzigen Kontrollpunkt der ukrainischen Armee im Süden von Saporischschja. Manche warten bis zu 10 Tage auf die Erlaubnis zur Überquerung. Ukrainische Truppen warnen sie vor möglichen Gefahren und inspizieren die Autos auf Waffen und mitgeführten Treibstoff, dann lässt man sie widerwillig passieren.

Nur wenige der Rückkehrer sind bereit, mit Journalisten zu sprechen, wählen ihre Worte sorgfältig und ziehen es meist vor, anonym zu bleiben. Einige sagen, dass sie wieder mit der Familie zusammenkommen und Arbeit suchen wollen und jemand fügte hinzu, dass Arbeitsplätze in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten knapp sind. "Meine Mutter und meine Schwester leben drüben", sagte eine Person dem Sender. "Wenn einen die Anwesenheit der Russen nicht stört oder man sie nicht provoziert, kann man da mehr oder weniger normal leben."

Die Vereinten Nationen schätzen, dass etwa sieben Millionen Ukrainer aufgrund des Konflikts innerhalb des eigenen Landes vertrieben wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e1631248fbef7c1b460417.jpg>

Einwohner von Lissitschansk, 07.07.2022

18:30 de.rt.com: **LVR meldet vollständige Einnahme des Wärmekraftwerks von Ugleorsk**

Der offizielle Vertreter der Lugansker Volksmiliz, Iwan Filiponenko, hat erklärt, dass das Wärmekraftwerk von Ugleorsk vollständig von Verbänden ukrainischer Streitkräfte befreit wurde. Er sagte in einer Sendung des Fernsehkanals Rossiya-1:

"Das Wärmekraftwerk von Ugleorsk, das nach der Befreiung von Swetlodarsk unter der Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte verblieb und von wo aus sie die Stadt beschossen haben, ging vollständig in unsere Kontrolle über. Die Verbände des Gegners dort wurden vernichtet."

Der russische Kriegsberichterstatter Alexandr Koz [veröffentlichte](#) indessen in seinem Telegramkanal erste Bilder aus dem Inneren des Kraftwerks.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 27.07.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 400 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**, außerdem hat er nicht lenkbare Luftraketen des Kalibers 80mm eingesetzt (ohne Einsatz von Fluggeräten).

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 4 Zivilisten und 8 wurden verletzt**. 25 Wohnhäuser und 5 zivile

Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **6 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 14 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:19 de.rt.com: Ugandas Präsident lobt Russlands langjährige Unterstützung für antikoloniale Bewegung in Afrika

Ugandas Präsident Yoweri Museveni hat am Dienstag Russlands Außenminister Sergei Lawrow empfangen. Nach den Gesprächen erklärte der afrikanische Politiker, dass seine Regierung weder prowestlich noch proöstlich sei und nicht gegen die Feinde anderer Staaten kämpfe.

Im Rahmen seiner Afrika-Tour hat der russische Außenminister Sergei Lawrow am Dienstag nach Ägypten und Kongo die Republik Uganda besucht. Dort traf er sich in der ehemaligen Hauptstadt Entebbe mit dem Präsidenten Yoweri Museveni. Auf der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz erklärte der ugandische Staatschef, dass sein Land nach einer engeren Kooperation mit Russland strebe. Zugleich weigerte sich Museveni, gegen "die Feinde der anderen" zu kämpfen.

"Wir wollen mit Russland Handel treiben. Wir wollen aber auch mit allen anderen Ländern der Welt handeln. Wir denken nicht daran, uns jemandes Feind zum eigenen Feind zu machen."

Der Staatschef wies zugleich darauf hin, dass die UdSSR und später Russland das afrikanische Land immer unterstützt hätten. Museveni lobte außerdem Moskaus Unterstützung für die antikoloniale Bewegung in Afrika innerhalb der letzten 100 Jahre. Russland habe Uganda niemals Schaden zugefügt. Er verstehe nicht den Appell an die afrikanischen Länder, "automatisch" eine antirussische Stellung zu beziehen. In diesem Zusammenhang machte Museveni darauf aufmerksam, dass Uganda sogar seinen ehemaligen Unterdrückern aus der Kolonialzeit verziehen habe und dass es heute mit diesen Ländern zusammenarbeite.

Die Strategie der afrikanischen Freiheitsbewegung bestehe darin, dass man alle progressiven Kräfte willkommen heiße, die unabhängig von ihrem sozialen System die Lebensbedingungen der Menschen verbessern helfen. Als Beispiel führte er China und Saudi-Arabien an, die jeweils ein anderes soziales System als Uganda hätten und trotzdem die Lebensverhältnisse der ugandischen Bevölkerung erfolgreich verbesserten. Diese beiden Staaten kämpften unter anderem gegen Krankheiten und Überschwemmungen in dem afrikanischen Land.

"Das ist das korrekte Verständnis des Fortschritts für die ganze Menschheit."

Uganda suche insbesondere dies – eine gegenseitig vorteilhafte Kooperation für alle Staaten der Welt. Eine Rivalität zwischen den Ländern lehne Uganda ab, erklärte Museveni. Auf

Lawrows Frage, ob Museveni von westlichen Diplomaten vor gemeinsamen Fotos mit dem russischen Außenminister gewarnt worden sei, antwortete der ugandische Präsident, niemand sei so dumm gewesen, ihn darum zu bitten. Die Position seiner Regierung sei schon immer eindeutig gewesen: Uganda sei weder prowestlich noch proöstlich, das Land sei "proselbst", das heißt prougandisch.

Mit Blick auf die reichen Bodenschätze Ugandas betonte der Politiker den Wunsch seiner Regierung, die Zusammenarbeit mit Russland auszubauen – darunter in den Bereichen Raumfahrt, Atomenergie, Medizin und Landwirtschaft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e142ddb480cc5e1e20178f.jpg>

Ugandas Präsident Yoweri Museveni gibt am 26. Juli 2022 in Entebbe eine gemeinsame Pressekonferenz mit Russlands Außenminister Sergei Lawrow

19:20 de.rt.com: **Russisch-Orthodoxe Kirche verurteilt Litauens Einreiseverbot für Patriarchen Kirill als Verzicht auf europäische Rechtstradition**

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat am Mittwoch Litauens Entscheidung scharf kritisiert, dem Kirchenoberhaupt, Patriarch Kirill, die Einreise ins Land bis Juni 2027 zu verbieten. Den Behörden in Vilnius sei es egal, dass es im Land eine große orthodoxe Gemeinde gebe, die nicht nur Russen, sondern auch Litauer umfasse, erklärte Wachtang Kipschidse, Vizechef der Synodalabteilung für die Beziehungen der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien, in einem Interview für den Fernsehsender Rossija 24.

Mit diesem Einreiseverbot verletze das EU-Land auf eine "absolut undemokratische und politisierte Art und Weise" die Rechte der gläubigen Litauer.

"Es geht um den Verzicht auf jegliche Vorstellungen über die religiöse Freiheit und über die europäische Rechtstradition."

Kipschidse äußerte die Meinung, dass die Regierung in Vilnius somit nicht die Interessen des litauischen Volkes, sondern ihre "eigenen kleinteiligen politischen Verpflichtungen gegenüber den älteren Partnern" durchsetze. Dieses Handeln sehe hilflos und nicht überzeugend aus. Das sei Teil einer Kampagne, deren Zielscheibe nicht nur die politischen Handlungen Russlands seien, sondern auch die russische Kultur.

Am 16. Juni hatte Großbritannien den Patriarchen Kirill auf seine Sanktionsliste gesetzt. London begründete dies damit, dass der Geistliche den Ukraine-Krieg unterstütze. Am 8. Juli verhängte auch Kanada Sanktionen gegen das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e169c748fbef7cd578b106.jpg>

21:10 (20:10) novorosinform.org: **Die Ausrüstung des Kraftwerks Ulegorsk hat überlebt, die Anlage kann gestartet werden – Marotschko**

Die Kämpfe auf dem Territorium des Kraftwerks Ulegorsk haben die Hauptausrüstung des Werks nicht beschädigt, sagte Andrej Marotschko, Sprecher der Volksmiliz der LVR. Experten gingen davon aus, dass die Anlage in Betrieb genommen werden könne, sagte Marotschko in einem Kommentar für RIA Novosti.

„Die Hauptausrüstung, die sich im Unternehmen befindet, ist glücklicherweise erhalten geblieben“, sagte der Vertreter der Volksmiliz der LVR.

Während der Feindseligkeiten seien an der Anlage einige Schäden aufgetreten, aber im Allgemeinen könne das Unternehmen laut Experten in Betrieb genommen werden, fügte Marochko hinzu.

Zuvor gab die LVR bekannt, dass das Kraftwerk Ulegorsk unter die volle Kontrolle der Volksmiliz gekommen sei. Sie fügten hinzu, dass vor der Aufnahme des Betriebs des Unternehmens erforderlich sei, Minen zu räumen.



https://novorosinform.org/content/images/97/69/49769_720x405.jpg